

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Kein Geld für Israelhass – Finanzierung der Berlinale stoppen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Förderung des Berliner Filmfestivals Berlinale mit Steuergeldern umgehend einzustellen.

Begründung

Die diesjährige Berlinale-Preisverleihung hat weltweit Aufsehen erregt. Anlass für die ausgiebige Berichterstattung in zahlreichen Ländern der Erde waren jedoch nicht die künstlerischen Qualitäten der prämierten Filme, sondern die einseitigen politischen Stellungnahmen von Festivalleitung und Preisträger. Die Abschlussveranstaltung am 24. Februar 2024 wurde als Bühne für antiisraelische und antisemitische Agitation missbraucht. Verschiedene Redner warfen Israel einen „Genozid“ vor und bezeichneten das Land als einen „Apartheid“-Staat. Der Regierende Bürgermeister von Berlin und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien haben den antiisraelischen Hetzreden sogar applaudiert.¹

Der Hass auf Israel ist jedoch nicht auf einzelne Berlinale-Preisträger beschränkt, sondern wird offenbar auch von Vertretern der Festivalleitung geteilt. So wurden auf den offiziellen Kanälen der Berlinale in den Sozialen Netzwerken Grafiken verbreitet, die das Existenzrecht

¹ [Skandal auf der Berlinale: Hier klatschen Roth und Wegner für Anti-Israel-Rede | Politik | BILD.de](#), aufgerufen am 27.02.2024.

Israels infrage stellen.² Obwohl die Grafik mittlerweile gelöscht wurde, hat der Bundesjustizminister auf die strafrechtliche Relevanz der Veröffentlichungen hingewiesen und Konsequenzen angedroht. Die Verwendung der Parole «Free Palestine - From the River to the Sea» könne als Billigung der im Rahmen der Angriffe der Hamas im Oktober 2023 in Israel begangenen Tötungsdelikte verstanden werden.³

Die einseitige politische Positionierung des Berliner Filmfestivals hat international für Kritik gesorgt und dem Ansehen Berlin in der Welt schwer geschadet. Der israelische Botschafter in Deutschland Ron Prosor schrieb auf X, dass die deutsche Kulturszene den Roten Teppich „ausschließlich für Künstler ausrollt, die sich für Israels Delegitimierung einsetzen.“ Unter dem „Deckmantel der Rede- und Kunstfreiheit“ werde „antisemitische und antiisraelische Rhetorik zelebriert.“⁴

Das Abgeordnetenhaus von Berlin teilt die Einschätzung des israelischen Botschafters und fordert den Berliner Senat auf, die öffentliche Förderung der Berlinale sofort einzustellen. Nach dem Antisemitismus-Skandal auf der Kasseler Documenta hat die Kultur- und Filmszene bei der diesjährigen Berlinale-Preisverleihung erneut unter Beweis gestellt, dass sie zu einer konsequenten Distanzierung von antiisraelischen und antisemitischen Positionen nicht willens oder nicht in der Lage ist. Der Berliner Senat darf das nicht hinnehmen. Eine öffentliche Förderung der Berlinale mit Steuergeldern soll nur dann wiederaufgenommen werden, wenn sich die Festivalleitung eindeutig zu politischer Neutralität bekennt und einer politischen Instrumentalisierung des Filmfestivals entschieden entgegentritt.

Berlin, den 27.02.2024

Dr. Brinker Gläser Eschricht Trefzer
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

² <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/neuer-judenhass-eklat-berlinale-schockt-mit-verbotenem-anti-israel-spruch-87296692.bild.html>, aufgerufen am 27.02.2024.

³ [Berlinale-Skandal: Justizminister droht mit strafrechtlichen Konsequenzen | ZEIT ONLINE](https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/berlinale-antisemitismusvoruerfe-100.html), aufgerufen am 27.02.2024.

⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/berlinale-antisemitismusvoruerfe-100.html>, aufgerufen am 27.02.2024.